

23. 09. 83

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 28. September 1983

am Donnerstag, dem 29. September 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Althammer (CDU/CSU)	97, 98	Dr. Jobst (CDU/CSU)	13
Berschkeit (SPD)	95, 96	Kirschner (SPD)	85, 86
Bindig (SPD)	89, 90	Dr. Klejdzinski (SPD)	37, 38
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	87, 88	Klose (SPD)	58
Broll (CDU/CSU)	104, 105	Kolbow (SPD)	32, 33
Büchner (Speyer) (SPD)	133, 134	Dr. Kübler (SPD)	137, 138
Büschfort (SPD)	126	Kuhlwein (SPD)	24, 78
Conradi (SPD)	69, 70	Lambinus (SPD)	48
Dr. Czaja (CDU/CSU)	14, 92	Dr. Lammert (CDU/CSU)	83, 119
Frau Dr. Czempiel (SPD)	71, 72	Dr. Laufs (CDU/CSU)	118
Delorme (SPD)	107, 108	Lenzer (CDU/CSU)	54, 55
Duve (SPD)	34, 80	Leonhart (SPD)	35, 36
Egert (SPD)	124	Löffler (SPD)	52, 53
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	2, 3	Lutz (SPD)	123
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	125	Frau Männle (CDU/CSU)	26, 27
Gilges (SPD)	18, 19	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	100, 101
Dr. Göhner (CDU/CSU)	7, 8	Frau Matthäus-Maier (SPD)	22, 23
Haungs (CDU/CSU)	17, 25	Menzel (SPD)	116, 117
Hauser (Esslingen) (CDU/CSU)	30, 31	Dr. Miltner (CDU/CSU)	102, 103
Heistermann (SPD)	81, 82	Milz (CDU/CSU)	39, 40
Hinsken (CDU/CSU)	15, 16	Müller (Düsseldorf) (SPD)	114, 115
Dr. Hirsch (FDP)	93, 94	Müller (Wadern) (CDU/CSU)	11, 12
Hoffmann (Saarbrücken) (SPD)	6	Müntefering (SPD)	74, 75
Dr. Hupka (CDU/CSU)	91, 99	Frau Odendahl (SPD)	43, 44

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Peter (Kassel) (SPD)	112, 113	Dr. Sperling (SPD)	130, 131
Purps (SPD)	50, 51	Dr. Spöri (SPD)	129
Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	61, 106	Stahl (Kempfen) (SPD)	135, 136
Reimann (SPD)	20, 21	Frau Steinhauer (SPD)	76, 77
Reschke (SPD)	62, 63	Stiegler (SPD)	28, 29
Schlatter (SPD)	127, 128	Stockleben (SPD)	109, 110
Schmidbauer (CDU/CSU)	65, 66	Dr. Struck (SPD)	121, 122
Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	73, 132	Tietjen (SPD)	56, 57
Schreiner (SPD)	84	Urbaniak (SPD)	46, 47
Schröder (Lüneburg) (CDU/CSU)	59, 60	Waltemathe (SPD)	67, 68
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	9, 10	Wartenberg (Berlin) (SPD)	111, 120
Frau Simonis (SPD)	1, 79	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	64
Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	41, 42	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	4, 5
Dr. Soell (SPD)	45	Würtz (SPD)	49

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	12
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	16
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

1. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung bei der Werft Nobiskrug einen Vertrag über das Polarschiff „Polarstern“ abgeschlossen hat bei dem durch laufende nachträgliche Änderungswünsche, die nicht im sogenannten Lastenheft enthalten waren, ein Verlust in Höhe von 15 Millionen DM bei der Werft hervorgerufen wurde, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls gewillt, in Zukunft solche durch sie verursachten Mehrkosten zu erstatten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

2. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Firma Lahmeyer, Frankfurt am Main, über die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit einen Auftrag zur Verbesserung der Stromversorgung in der Dominikanischen Republik erteilt, und wie hoch ist gegebenenfalls das Auftragsvolumen?
3. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zielsetzung des Auftrags auf Verbesserung der Staudämme zur Stromerzeugung ausgerichtet ist, statt auf die wesentlich sinnvollere Verbesserung der Netzverhältnisse (bei Leitungsverlusten von ca. 50 v. H.), und wird die Bundesregierung die offensichtlich unzureichende Effizienzprüfung dieses GTZ-Projektes nochmal und umfassender durchführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung getan, um die baden-württembergische Landesregierung zur Beibehaltung der energiepolitisch gewollten und richtigen Kohleverstromungspolitik zu veranlassen, falls es stimmt, daß die Landesregierung von Baden-Württemberg den Einsatz deutscher Kohle bei der Verstromung drastisch reduzieren, mehr Importkohle einsetzen, den „15-Jahre-Kohleverstromungsvertrag“ korrigieren und den Ausbau des Kernkraftwerkes Wyhl stark forcieren will?
5. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die Widersprüche zu beseitigen, daß sie einerseits den „Kohlevorrang bei der Verstromung“ betont, aber andererseits CDU/CSU-geführte Landesregierungen mit Macht darauf drängen, davon abzuweichen?
6. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung in einer Sitzung der Arbeitsgruppe Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anfang September 1983 die Zusicherung gegeben, daß für die Saarbergwerke eine Grubenstilllegung nicht betrieben wird (laut Saarbrücker Zeitung vom 10./11. September 1983)?

7. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die wachsenden Dumping-Importe bei Möbeln aus der DDR und anderen Ostblockländern im Zusammenhang mit dem gesamten Osthandel, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen derartige Dumping-Praktiken zu unternehmen?
8. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU)
- Welche Resultate haben die Anti-Dumping- oder Preisprüfungsverfahren des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft beim Import von DDR-Möbeln bisher erbracht, und welche Wirkung zeigt die Einzelgenehmigungspflicht beim Import von Polstermöbeln?
9. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis der Leipziger Herbstmesse unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung des innerdeutschen Handels?
10. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den erkennbar härteren Finanzierungsbedingungen durch die DDR — mit negativer Auswirkung auf die mittelständischen Betriebe — entgegenzuwirken, und sieht die Bundesregierung besondere Förderungsnotwendigkeiten, um den mittelständischen Betrieben bei den erheblich gestiegenen Messekosten die Teilnahme an der Leipziger Messe zu erleichtern?
11. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Treffen Zeitungsmeldungen zu („Welt am Sonntag“, vom 18. September 1983 von Paul C. Martin „Auf dem Schlauch“), nach denen bekannt sein soll, daß der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker „seine Westhändler angewiesen hat, weltmarktgängige Waren wie Stahl- und Chemieprodukte mit langen Zahlungszielen einzukaufen und sie gleich wieder weit unter Weltmarktpreisen zu verramschen“, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
12. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, in welchem Umfang und zu welchen Preisen aus der Bundesrepublik Deutschland Stahl in die DDR geliefert wird, und in welchem Umfang und zu welchem Preis dieser Stahl wiederum in die Bundesrepublik Deutschland verkauft wird?
13. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Produktionsanlagen der europäischen und deutschen Stahlindustrie nicht ausgelastet sind und Produktionsquoten verhängt werden mußten, die Bauwirtschaft und der Handel aber beim Bezug von Baustahl beträchtliche Lieferfristen und dadurch bedingte höhere Preise hinnehmen mußten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Zustand abzuhelpen?
14. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die in ihrer Einstellung überzeugt europäischen, aber offiziellen und sachlichen Kritiker der Prinzipien des innerdeutschen Handels aus dem Bereich unserer EG-Partner, insbesondere aus Frankreich, mit politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Argumenten, die auf ihre Sorgen eingehen, davon zu überzeugen, daß die Einfügung des innerdeutschen

Handels in die EG eine grundlegende Bedingung für die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland war, die sowohl rechtlich wie politisch den Zielen des Deutschlandvertrags und dem Ziel eines friedlichen Wandels bei der Teilung Europas im Sinne einer freiheitlichen Ordnung entspricht?

15. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in weiteren Verhandlungen mit der CSSR zu versuchen, zusätzliche Reduzierungen bei den Faserholzeinfuhren zu erreichen, um dadurch einen Holzpreisverfall, der durch die erforderlichen starken Abholzungen wegen Windbruch und Borkenkäferbefall von Waldbauern in Ostbayern befürchtet wird, zu verhindern?
16. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Ist in der bundesdeutschen Wirtschaft „know how“ vorhanden, um Großfeuerungsanlagen ohne ausländische Mithilfe mit Filteranlage ausstatten zu können, und wie hoch belaufen sich in etwa die Gesamtkosten für diesen Einbau?
17. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU) Wenn die Bundesregierung in Zukunft Hilfen an Unternehmen in Form von Zuschüssen, Bürgschaften, außerplanmäßigen Aufträgen etc. mit der wesentlichen Zielrichtung der Arbeitsplatzzerhaltung und -sicherung vergeben will, z. B. an die Stahl- oder Werftindustrie, wird sie dann der Empfehlung des Mittelstandsbeirates beim Wirtschaftsministerium, die dieser am 24. März 1983 ausgesprochen hat, folgen, und von allen Beteiligten, also auch den Arbeitnehmern, Opfer erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

18. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Wie viele Ermittlungsverfahren bzw. rechtskräftige Verurteilungen gegen sogenannte Verleiher und Entleiher illegaler Arbeit sind der Bundesregierung seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung bekannt, und in welchem Zusammenhang stehen dazu die Zahlen der vermutlich in bundesdeutschen Gewerben illegal beschäftigten Arbeitnehmer?
19. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, weitere gesetzliche Maßnahmen, wie etwa die Erhöhung des geltenden Bußgeldrahmens, die Verschärfung von Freiheitsstrafen und den Einsatz sogenannter „Sozialrechercheure“ — die erfolgreich in Belgien und den Niederlanden tätig sind — zur wirksameren Bekämpfung der illegalen Beschäftigung zu erwägen?
20. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Auswirkungen illegaler Beschäftigung einerseits und andererseits der Wirtschaftskriminalität (zum Beispiel illegale Arbeitnehmerüberlassung, Ausschreibungs- und Kapitalanlagebetrug) im Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den EG-Ländern in den letzten Jahren vor?

21. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung bisherige gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung, und was beabsichtigt sie selbst zu tun?
22. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitsämter auf Karteikarten, die zur Bekanntgabe freier Ausbildungsstellen an Unternehmen verschickt werden, eine geschlechtsspezifische Unterscheidung vorgeben („Ausbildungsplatz: — für Mädchen, — für Jungen, — für Mädchen oder Jungen“), und sieht die Bundesregierung hier nicht einen Verstoß gegen die Regelung des Arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes, wonach ein Arbeitsplatz geschlechtsneutral ausgeschrieben werden soll?
23. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Bundesanstalt für Arbeit einzuwirken, sich an Wortlaut und Sinn des genannten Gesetzes zu orientieren und die geschlechtsneutrale Ausschreibung des Arbeitsplatzes zu berücksichtigen, das heißt, insbesondere entsprechende Karteikarten zu verwenden?
24. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Trifft es zu, daß nach dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 arbeitslose Lehrer, die Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, kumulative Kürzungen sowohl durch eine Änderung des Besoldungsrechts als auch des Arbeitsförderungsgesetzes hinnehmen müssen?
25. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es nicht auch für zumutbar und für die Betroffenen im Vergleich zur Arbeitslosigkeit als wesentlich günstiger, wenn diese einen Arbeitsplatz mit zwölf Monatslöhnen behielten, aber auf alle Sonderzahlungen verzichteten?
26. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Behauptung bestätigen, daß im Zusammenhang mit der Rentenproblematik der Begriff des „Generationenvertrages“ insofern in Frage zu stellen sei, als die Ansicht vertreten wird, daß im Regelfall die jeweilige Rente ausschließlich auf der eigenen Beitragsleistung des Versicherten — zusammen mit dem Arbeitgeberanteil — beruhe?
27. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung anhand typischer Rentenfälle vergleichend aufzeigen, welche Rente der Versicherte erhielte, wenn die Rente ausschließlich aus geleisteten kapitalisierten Beitragszahlungen (einschließlich Arbeitgeberanteil) bestünde bzw. welche Eigenleistungen (einschließlich Arbeitgeberanteil) hätten erbracht werden müssen, um dieselbe Rente zu erreichen?
28. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Trifft es zu, daß die Krankenkassen die Kosten für Fluoridtabletten zur Kariesvorsorge für Kinder nicht übernehmen, weil sie sich nicht zur Vorsorge berechtigt fühlen, sondern erst eine Verpflichtung im Krankheitsfalle ansehen?
29. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wird die Bundesregierung, wie viele Kinderärzte den Bundesverbänden der Krankenkassen empfehlen, die Weitergabe von Fluoridtabletten an Kinder im Schulalter finanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

30. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU) Sind für die Beförderung zum Stabsfeldwebel/
Oberstabsfeldwebel in Zukunft Laufbahnlehrgänge
geplant?
31. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU) Sind die Stellen für Stabsfeldwebel/Oberstabsfeld-
webel gleichmäßig auf Truppeneinheiten, Stäbe,
zentrale militärische Dienststellen usw. verteilt,
oder gibt es ein Übergewicht dieser Stellen bei
Stäben, zentralen militärischen Dienststellen usw.?
32. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Inwieweit ist das Bundesverteidigungsministerium
an der Erstellung und Finanzierung des Informa-
tionsdienstes Sicherheitspolitik (ISP) des Osang-
Verlages und der Broschüre „Argumente gegen
die Angst“ des Büros für Publizistik-Verlag (bfp)
beteiligt?
33. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Welche Autoren haben an der Erstellung der Bei-
träge Nr. 1 des Informationsdienstes Sicherheits-
politik (ISP) und der Broschüre des Publizistik-
Verlages (bfp) mitgewirkt?
34. Abgeordneter
Duve
(SPD) Haben beim sogenannten „Informationsdienst Si-
cherheitspolitik (ISP)“ hauptamtliche und/oder
freie Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministe-
riums als Autoren, Herausgeber oder Co-Autoren
mitgewirkt, und gedenkt die Bundesregierung gege-
benenfalls, eine Praxis der verschleierte Propa-
ganda mit Haushaltsmitteln (vergleiche den Bericht
in der Süddeutschen Zeitung vom 15. September
1983) fortzuführen?
35. Abgeordneter
Leonhart
(SPD) Warum wurde das Projekt Informationsdienst
Sicherheitspolitik „ISP“ vom Bundesverteidigungs-
ministerium nicht öffentlich ausgeschrieben?
36. Abgeordneter
Leonhart
(SPD) Warum wurde der Informationsdienst „ISP“ an alle
Mitglieder des Deutschen Bundestages mit Ausnah-
me der Fraktion der GRÜNEN verschickt?
37. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist es richtig, daß ein Referatsleiter im Informa-
tions- und Pressestab des Bundesverteidigungsministeriums
seit mehreren Monaten von der Führung seines Refe-
rates freigestellt ist und einen Sonderauftrag im
Rahmen eines „Aktionsprogramms Öffentlichkeits-
arbeit“ der Bundesregierung ausführt?
38. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist es zutreffend, daß die genannten Projekte auch
an die Truppe verteilt werden, und wenn ja, aus
welchen Mitteln des Einzelplans 14 werden die Aus-
gaben dafür bezahlt?
39. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Warum stehen in der Wehrbereichsverwaltung III
im Verhältnis zu anderen Wehrbereichsverwaltun-
gen so wenig Ausbildungsplätze bei der Bundes-
wehr zur Verfügung, obwohl hier das bevölkerungs-
reichste Bundesland vertreten ist?

40. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zukünftig in der Wehrbereichsverwaltung III verhältnismäßig mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, wenn ja, in welchem Umfang könnte dies geschehen?
41. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD) Kann die Bundesregierung erklären, warum seit dem Frühsommer 1983 der Fluglärm und die Anzahl von Tiefflügen im Allgäu, insbesondere im Raum Memmingen und Kempten, bedenklich zugenommen haben?
42. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Lärmbelästigung und die Anzahl der Tiefflüge auf ein für die Anwohner erträgliches Maß herunterzuschrauben?
43. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) Wie hoch ist die Zahl der bis heute bei der Bundesregierung bzw. beim Bundeskanzler eingegangenen schriftlichen Eingaben und Appelle einschließlich Massenpetitionen, die sich gegen eine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland aussprechen?
44. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) Welches sind die beiden häufigsten Begründungen der Petenten gegen eine Stationierung von Mittelstreckenraketen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

45. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung die erheblichen finanziellen Benachteiligungen für Familien mit behinderten Kindern auszugleichen, die durch die seit dem 1. Januar 1983 geltende Neuregelung der Kindergeldzahlungen — basierend auf dem im Steuerrecht geltenden Einkommensbegriff, der die durch die Behinderung des Kindes anfallenden Mehraufwendungen nicht berücksichtigt — entstanden sind, und wenn ja, in welcher Weise?
46. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Treffen Berichte zu, nach denen die Inanspruchnahme von Krebsvorsorgeuntersuchungen rückläufig ist, und liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie sich dieser Trend gegebenenfalls bei Frauen und Männern auswirkt?
47. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Bevölkerung stärker für die Krebsvorsorge zu interessieren?
48. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung eine Änderung des Bundesseuchengesetzes mit dem Ziel beabsichtigt, Tuberkuloseerkrankungen oder den Verdacht auf Tuberkuloseerkrankungen aus der Meldepflicht zu nehmen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

49. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß lebende Eber in das benachbarte EG-Ausland nur zum Schlachten transportiert werden, um anschließend in der Bundesrepublik Deutschland mit Tauglichkeitsstempel vermarktet zu werden, und wenn ja, welche Folgen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

50. Abgeordneter
Purps
(SPD)
- Wie haben sich die Unterhaltskosten eines Mittelklasse-Personenkraftwagens pro gefahrenen Kilometer bei einer durchschnittlichen Jahresfahrleistung von 15 000 Kilometer und alternativ 20 000 Kilometer vom 1. Januar 1980 bis heute entwickelt?
51. Abgeordneter
Purps
(SPD)
- Wie hoch müßte der Werbungskostenabzug (Kilometerpauschale) sein, um einen angemessenen Ausgleich für die gestiegenen Unterhaltskosten zu gewährleisten?
52. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Wie viele Kinder verunglücken jährlich im Straßenverkehr, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Unfallursachen?
53. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Anregung eines Lehrerverbandes zu folgen, die Straßenverkehrsordnung dahin gehend zu ändern, auch entgegenkommende Fahrzeuge zum Halten zu zwingen, wenn ein Bus an einer Haltestelle hält?
54. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wie viele Motorradfahrer wurden in 1980, 1981, 1982 in der Bundesrepublik Deutschland bei Unfällen verletzt bzw. getötet?
55. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß gerade junge Motorradfahrer, die erst seit kurzem im Besitz eines Führerscheines sind, besonders häufig in Unfälle verwickelt werden?
56. Abgeordneter
Tietjen
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundesbahnstrecke Skandinavien—Südwesteuropa im Streckenabschnitt Leer—Neuschanz (Niederlande) stillzulegen oder gemäß ihrer strukturpolitischen Bedeutung aufzuwerten?
57. Abgeordneter
Tietjen
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundesbahnstrecke Oldenburg—Groningen zu elektrifizieren?
58. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn anzuweisen und finanziell in die Lage zu versetzen, behindertengerechte Großraumwagen anzuschaffen, um den behinderten Mitbürgern eine Teilnahme am IC-Reiseverkehr zu ermöglichen?
59. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die wirtschaftliche Lage der privaten Unternehmen des Gleisoberbaues bekannt (Kapazitätsauslastung, Zahl der Beschäftigten, Auftragsvolumen), und geht die Bundesregierung davon aus, daß die Deutsche Bundesbahn auch in Zukunft noch funktionsfähige private Unternehmen dieser Branche brauchen wird?

60. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe sind für 1983 und 1984 Auftragsvergaben an die privaten Unternehmen des Gleisoberbaues eingeplant, und welche Volumina übernimmt der Regiebetrieb der Deutschen Bundesbahn selber (jeweils im Vergleich von 1979 bis heute)?
61. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Stellungnahme des Bundesverkehrsministers dazu, daß die Elztalbahn (Nahverkehrsverbindung von Freiburg nach Elzach) sich unter den neunzig Strecken der Deutschen Bundesbahn befinden soll, die stillgelegt werden, und warum werden nicht aus Gründen der größeren Umweltfreundlichkeit des Personenverkehrs auf der Schiene Alternativmöglichkeiten zum jetzigen Betrieb der Elztalbahn angeboten, z. B. keine interne Konkurrenz durch Busangebote oder ein Verkehrs- und Tarifverbund für den Großraum Freiburg?
62. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, aus Mitteln auf Grund des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) den Teilausbau von Hauptverkehrsstraßen entsprechend den aktuellen und in absehbarer Zeit bestehenden Belastungen zu fördern?
63. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit GVFG-Mitteln zur Verkehrsberuhigung und damit zur Erhöhung der Sicherheit und Verbesserung der Umwelt in großstädtischen Ballungsräumen beizutragen, und in welcher Höhe können gegebenenfalls anteilig GVFG-Mittel zur Verkehrsberuhigung bereitgestellt werden?
64. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, nach denen sich die Verkehrsministerien der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland geeinigt haben, die gesamte Luftraumkontrolle auf Eurocontrol Maastricht zu konzentrieren und deshalb die für die Kontrolle des unteren Luftraumes zuständigen Zentralen in Bremen und Düsseldorf in den 90er Jahren nach Maastricht zu verlegen?
65. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemitteilungen zu, wonach im Bundesverkehrsministerium auch im Zusammenhang mit einer eventuell beabsichtigten Kapitalerhöhung zur Zeit neue Überlegungen im Hinblick auf eine Teilprivatisierung der Lufthansa angestellt werden?
66. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Wenn dies zutrifft, bis zu welcher Marge wäre der Bundesverkehrsminister bereit, den Bundesanteil am Grundkapital der Lufthansa herabsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

67. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Zweckentfremdungsverordnung und die Hindernisse für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen aufgehoben werden sollten?

- | | |
|--|--|
| 68. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der soziale Wohnungsbau bis auf eine Restgröße mittelfristig eingestellt werden sollte? |
| 69. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Neugestaltung der Eigentumsförderung nach dem „Investitionsgutmodell“ erfolgen sollte? |
| 70. Abgeordneter.
Conradi
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die 2. Berechnungsverordnung fehlerhafte Ansätze für die Zinsen und falsche Vorstellungen über Entschuldungsgewinne enthält? |
| 71. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Wohngeld in seiner bewährten Form nur noch vorläufig beibehalten und durch ungebundene Transferzahlungen ersetzt werden sollte? |
| 72. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Propagierung der Selbst- und Eigenhilfe im Wohnungsbau eine Anstiftung zur Steuerhinterziehung ist? |
| 73. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die öffentliche Hand nicht mehr wie bisher aus sozialen Gründen besonders preisgünstiges Bauland für einkommensschwächere Haushalte zur Verfügung stellen sollte, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus für die öffentliche Eigentumsförderung? |
| 74. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Einkommensgrenzen, die zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung berechtigen, herabgesetzt werden sollten? |
| 75. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft unter mangelnder Effizienz leidet, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus für eine Neuregelung des Rechts der Gemeinnützigkeit? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

- | | |
|--|---|
| 76. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Welches Ergebnis haben die mir in der Fragestunde vom 9. Juni 1983 zugesagten weiteren Bemühungen, nämlich Ausbildungsplätze unter Ausnutzung der vorhandenen Einrichtungen anzubieten und zu besetzen, gebracht? |
| 77. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Treffen insbesondere Informationen zu, daß man im Bereich der Deutschen Bundesbahn an einer solchen Ausnutzung nicht interessiert ist? |
| 78. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Welches Ergebnis haben die von Frau Bundesminister Wilms angekündigten Gespräche mit den Bundesländern über Maßnahmen zum Abbau der Lehrerarbeitslosigkeit gehabt? |

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|---|--|
| 79. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) | Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung in der deutschen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß eine anti-amerikanische Haltung, und wenn ja, welche Umstände sieht die Bundesregierung als Ursachen dieser Haltung an? |
| 80. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Ergebnisse der von der „United States Information Agency“ in Auftrag gegebenen Umfrage, mit der die Haltung der deutschen Bundesbürger zur Nachrüstung erkundet werden sollte, in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht werden? |
| 81. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) | Welche Projekte sind zur Entwicklung der Sicherheitspolitik im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung noch vorgesehen? |
| 82. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) | Welche Haushaltsmittel werden davon gegebenenfalls in welchen Einzelplänen des Haushaltes benötigt? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 83. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) | In welcher Form und mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die von der internationalen Kinderhilfsorganisation „Terre des Hommes“ in den vergangenen Monaten dargestellten und dokumentierten Folterungen türkischer Kinder zum Gegenstand eigener diplomatischer Aktivitäten gemacht? |
| 84. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) | Kann die Bundesregierung Zeitungsberichte bestätigen, wonach türkische Arbeitnehmer wegen ihrer Mitgliedschaft in einer deutschen Gewerkschaft bzw. der Teilnahme an DGB-Veranstaltungen nach Rückkehr in die Türkei verhaftet und gefoltert wurden? |
| 85. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | In welcher türkischen Haftanstalt sitzt der am 12. August 1983 von der Bundesregierung an die Türkei ausgelieferte Sami Memis nach Kenntnissen der Bundesregierung derzeit ein? |
| 86. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Hat das Auswärtige Amt inzwischen dem Wunsch des Oberlandesgerichts Düsseldorf entsprochen, einen Gutachter zu benennen, der ein Gutachten zu der Frage erstellen soll, ob sich die Türkei im Falle Aydındag an den Spezialitätsgrundsatz halten werde, ob Aydındag die Todesstrafe droht, ob er im Falle seiner Auslieferung mit politischer Verfolgung zu rechnen hat, und wenn nein, warum nicht? |
| 87. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Welche staatlichen Hilfsmaßnahmen sind in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der Opfer der schweren Unwetterkatastrophe im Süden Brasiliens ergriffen worden, unter denen sich sehr viele deutsche Einwanderer und deren Nachkommen befinden, und welche privaten Hilfsaktionen sind der Bundesregierung bekanntgeworden? |

88. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, aus Mitteln der „Humanitären Hilfe“ sofort erste oder weitere Hilfe für die Opfer der schweren Unwetterkatastrophe im Süden Brasiliens zu leisten?
89. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im türkischen Militärgefängnis in Diyarbakir seit dem 2. September 1983 ca. 2500 politische Gefangene ein unbefristetes Fasten begonnen haben, um mit dieser Maßnahme „als letzte Überlebenschance“ die Öffentlichkeit in den demokratisch regierten Staaten Westeuropas auf die unmenschlichen Haftbedingungen, Mißhandlungen, Schikanen und Folterungen in diesem Gefängnis aufmerksam zu machen, und wie ist nach Meinung der Bundesregierung eine derartige Behandlung politischer Gefangener durch die Behörden einer Regierung, mit der sie über die Europäische Gemeinschaft, den Europarat und die NATO, Organisationen, die sich auch als „Wertegemeinschaft“ verstehen, verbunden ist, mit den Grundwerten dieser Organisationen vereinbar?
90. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen oder gedenkt sie gegenüber der türkischen Militärregierung zu unternehmen, um die türkische Regierung zur Beachtung der europäischen Menschenrechtskonvention anzuhalten, zu deren Einhaltung sich die Türkei durch ihre Mitgliedschaft im Europarat selbst verpflichtet hat?
91. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Deutsche, die sich in Oberschlesien um die Gräber deutscher Soldaten kümmern, vor den Staatssicherheitsdienst zitiert und Pressionen ausgesetzt werden, und was gedenkt sie zu tun?
92. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Sind das Abhören unserer diplomatischen und konsularischen Vertretungen und andere Lauschangriffe in den Ostblockstaaten mit deren völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen aus den Jahren 1961 und 1963 vereinbar, und – verneinendenfalls – was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auch diese Vertragsstaaten der beiden Wiener Konventionen zu völkerrechtskonformem Verhalten zu bewegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

93. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Werden von deutschen Herstellern in anderen Abnehmerländern Kraftfahrzeuge angeboten, die auf der Grundlage des in Europa zur Zeit üblichen verbreiteten Benzins niedrigere Abgasnormen erfüllen als in der Bundesrepublik Deutschland?
94. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Welche Folgerungen will die Bundesregierung daraus für die bei uns zur Zeit zulässigen Abgasnormen ziehen?

95. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung aus dem Vorhaben des seit 1979 laufenden Programms zur Förderung von Investitionen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung bei Altanlagen bereits Erkenntnisse vor, die den Schluß zulassen, daß auf diese Weise gleichzeitig eine notwendige Verminderung von Schadstoffemissionen, insbesondere an Schwefeldioxid, Stickoxiden und Schwermetallen bewirkt wird?
96. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Wieviel der für das angesprochene Programm insgesamt vorgesehenen Fördermittel in Höhe von 560 Millionen DM konnten bisher mit welchem Gesamtinvestitionsvolumen vergeben werden?
97. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang gehen die Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit Demonstrationen in den letzten Monaten — etwa aus Anlaß des Besuchs des US-Vizepräsidenten in Krefeld — auf das Konto auswärtiger Störer zurück, die zu diesem Zweck systematisch im Bundesgebiet umherreisen?
98. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU)
- Wie haben sich in den vergangenen Jahren die Zahlen und das Verhältnis der unfriedlichen zu den friedlichen Demonstrationen entwickelt, und wie viele Polizeibeamte des Bundes und der Länder wurden dabei verletzt?
99. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß durch Wegfall des sogenannten Verlobtenerlasses, Ehen, von denen nunmehr der eine Teil als Aussiedler und der andere Teil als Asylbewerber registriert wird, einer Ungleichbehandlung unterworfen sind und das Familienleben dadurch in unverantwortlicher Weise gestört wird, und was gedenkt sie zur Änderung dieser Situation zu tun?
100. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Was hindert die Bundesregierung, ein Verwendungsverbot für Polychlorierte Biphenyle (PCB) — eventuell mit Übergangsfristen für den Bergbau — zu erlassen, und wann wird sie einen Vorschlag für ein EG-einheitliches Verwendungsverbot von PCB vorlegen, um den Schutz der Gesundheit der Menschen und den Umweltschutz vor Gefährdungen durch PCB zu gewährleisten?
101. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um eine vollständige Erfassung der vorhandenen PCB-Mengen und eine kontrollierte Beseitigung PCB-haltiger Abfälle sicherzustellen?
102. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Wie viele Versammlungen oder Aufzüge, bei denen in den vergangenen Jahren vermummte und/oder passiv bewaffnete Personen festgestellt wurden, sind friedlich bzw. unfriedlich verlaufen?
103. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang in den vergangenen Jahren von den zuständigen Behörden bei öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen die Vermummung und/oder passive Bewaffnung nach § 15 des Versammlungsgesetzes verboten, und in welchem Umfang Verstöße gegen derartige Verbote im Rahmen von Ordnungswidrigkeitsverfahren geahndet worden sind?

104. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die geltenden Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes für den Bereich des Bundesgrenzschutzes zu ändern?
105. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen haben die Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes über die Beteiligungsrechte der Personalräte im Bundesgrenzschutz (BGS) auf dessen Aufgabenerfüllung gehabt, und ist dadurch die Einsatzbereitschaft des BGS nach den Erfahrungen der Vergangenheit behindert worden?
106. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor über die tonnenweise Verwendung von Asbest im Kühlturm des Atomkraftwerks Leibstadt (Inbetriebnahme 1984), und wird sie Schritte unternehmen, damit die schweizer Behörden die Betriebs-erlaubnis für das Atomkraftwerk nicht erteilen, solange die Bevölkerung in der drei bis fünf Kilometer entfernten Kreisstadt Waldshut-Tiengen Im-missionen von Asbeststaubteilchen ausgesetzt ist, die als außerordentlich krebserregend bekannt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

107. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Deutschen Caritasverbandes, daß man straffälligen Alkoholikern dieselben Chancen geben soll wie Drogenabhängigen, die sich anstelle der Strafvollstreckung einer therapeutischen Langzeitbehandlung unterziehen können, und wird sie, soweit erforderlich, eine entsprechende Gesetzesinitiative ergreifen?
108. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Frage zu prüfen, ob auch bei rechtskräftig verurteilten Alkoholikern, die oft ähnliche Schwierigkeiten wie Rauschgiftsüchtige haben, die Möglichkeit zur Zurückstellung der Strafvollstreckung eröffnet werden sollte, sofern sie bereit sind, eine Langzeittherapie zu beginnen?
109. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach die Zahl der Straftäter, die nach Ablauf ihrer Bewährungszeit endgültig straflos bleiben, sehr gering ist, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls diesem bedrückenden Zustand abzuhelpen?
110. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Fördert die Bundesregierung bereits Modelle mit Rehabilitationscharakter, und liegen der Bundesregierung schon verwertbare Ergebnisse vor?
111. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung im Auslieferungsfall Balkir nach Interventionen der französischen Regierung die Bewilligung zur Auslieferung schon vor der Entscheidung des zuständigen Oberlandesgerichts über die Zulässigkeit versagt hat, obwohl Balkir im Zusammenhang mit dem Auslieferungsbegehren drei Monate in Auslieferungshaft saß und das Auslieferungsbegehren der Türkei somit offensichtlich nicht unzulässig war?

112. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Liegt inzwischen eine definitive Erklärung der Türkei vor, aus der sich ergibt, daß die Türkei eine eventuelle Todesstrafe gegen Aydinag nicht vollstrecken wird, und warum war es bisher trotz der über 19 Monate andauernden Auslieferungshaft gegebenenfalls nicht möglich, diese Frage abschließend zu klären?
113. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Inwieweit ist inzwischen definitiv geklärt, daß Aydinag zu dem Personenkreis gehört, der durch das türkische Amnestygesetz Nr. 1803 begünstigt ist, und entscheidet über die Anwendbarkeit dieses Amnestygesetzes die türkische Regierung oder die nach Angaben der türkischen Regierung unabhängigen türkischen Gerichte?
114. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Bewilligungsentscheidung einer Auslieferung aller Gesichtspunkte, die das Oberlandesgericht bei der Entscheidung über die Zulässigkeit einer Auslieferung überprüfen muß, selbständig erneut überprüfen kann, und daß die Bundesregierung damit rechtlich die Möglichkeit hat, das Auslieferungsverfahren und eine eventuelle Auslieferungshaft durch die Versagung der Bewilligung vor der Entscheidung des Oberlandesgerichts über die Zulässigkeit der Auslieferung zu beenden, wenn die Dauer der Auslieferungshaft mit dem verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsprinzip nicht mehr vereinbar ist?
115. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Inwieweit hält die Bundesregierung die knapp 20 Monate dauernde Auslieferungshaft im Zusammenhang mit dem zweiten Auslieferungsbegehren der Türkei gegen Aydinag, der schon eine siebenmonatige Auslieferungshaft im Zusammenhang mit dem ersten Auslieferungsbegehren der Türkei über sich ergehen lassen mußte, mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch für vereinbar, und ist sie gegebenenfalls bereit, die Wahrung des Verhältnismäßigkeitsprinzips durch Versagung der Bewilligung vor der Entscheidung des zuständigen Oberlandesgerichts über die Zulässigkeit der Auslieferung durchzusetzen?
116. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Wohnraumkündigungsschutzgesetz aufgehoben werden sollte?
117. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die neu eingeführte Staffelmiete negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt hat?
118. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse und Erfahrungen liegen der Bundesregierung darüber vor, wie sich die Mietrechtsänderungen, insbesondere auch die Regelungen für Zeitmietverträge, am Wohnungsmarkt ausgewirkt haben?
119. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Warum verzichtet die Bundesregierung bei dem „Geszentwurf zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts“ auf die Angleichung der Schutzfrist für „einfache Lichtbilder“ auf die für „Lichtbildwerke“ vorgesehene Frist,

deren Unterscheidung ohne Einschaltung von Gerichten kaum praktikabel ist, und zugleich die Bildjournalisten gegenüber den Kollegen im Ausland, aber auch den „Kunstphotographen“ im Inland, benachteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

120. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Plant die Bundesregierung die Einführung eines Sozialpfandbriefes, dessen Zinsgewinne geringer versteuert werden sollen, um Kapital für zinsgünstige Investitionsdarlehen zu beschaffen?
121. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Welche Vorstellung hat die Bundesregierung hinsichtlich der wiederholt erklärten Absicht der sie tragenden Bundestagsfraktionen für die Pendler Erleichterungen zu schaffen, und wann ist mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu rechnen?
122. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung eine einheitliche Entfernungspauschale für alle Verkehrsteilnehmer, oder hält sie an einer Kilometerpauschale für Fahrzeughalter fest?
123. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Treffen Meldungen zu, daß Bundeskanzler Dr. Kohl erklärt habe, die Mitbestimmungsrechte würden nicht angetastet, und wenn ja, soll das auch für das faktische Verhalten der Vorstände im bundeseigenen Unternehmen, wie dem Zweigwerk Hannover der VAW AG, gelten?
124. Abgeordneter
Egert
(SPD) Wird die Bundesregierung ihren Einfluß über den Aufsichtsrat des bundeseigenen Konzerns VAW geltend machen und darauf dringen, daß im Zweigwerk Hannover der VAW AG die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte des Betriebsrates nicht übergangen werden?
125. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD) Trifft es zu, daß im Zweigwerk Hannover der bundeseigenen VAW AG der Betriebsratsvorsitzende und ein weiteres Betriebsratsmitglied fristlos entlassen wurden sowie weiteren Arbeitnehmern die Entlassung angedroht wurde, weil sie sich der vom Vorstand geplanten massiven Lohnkürzung im Betrieb widersetzt haben?
126. Abgeordneter
Buschfort
(SPD) Ist im Zweigwerk Hannover der VAW AG massiver Druck von oben ausgeübt worden, statt offene und ehrliche Verhandlungen mit dem Betriebsrat aufzunehmen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls auch der Auffassung, daß dies weder dem Geist noch den Buchstaben des Betriebsverfassungsgesetzes entspricht?
127. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer bei entsprechender Erhöhung der Mineralölsteuer vorsieht?

128. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls die besonderen Probleme der Schwerbehinderten und Pendler bei einer solchen Lösung zu berücksichtigen?
129. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Treffen Presseberichte zu, nach denen das Bundesfinanzministerium durch Verkauf von Bundesanteilen an die Lufthansa und VEBA mit der Privatisierung von Bundesbeteiligungen beginnen will?
130. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Kennt die Bundesregierung Finanzgerichtsurteile, die die „Zwangsanleihe“ für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz halten?
131. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Sieht die Bundesregierung angesichts solcher Urteile die Finanzierung ihres wohnungsbaupolitischen Sonderprogrammes oder aber die Haushaltskonsolidierung als gefährdet an?
132. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der § 7 EStG und die pauschale Nutzungswertbesteuerung für Eigenheime keine Benachteiligung gegenüber der steuerlichen Behandlung von fremdgenutztem und vermietetem Wohneigentum darstellen?
133. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten Gesellschaften (wie beispielsweise die Braunschweiger „Eintracht-Transfer-Lizenz GmbH und Co. KG“), die den kommerziellen Handel mit Anteilen von Profispielern oder ganzen Profimannschaften zum Ziel haben?
134. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) Ist es nach dem geltenden Steuerrecht möglich, daß Kommanditisten, die finanzielle Anteile an Spielern oder ganzen Mannschaften erwerben, beim Transfer dieser Spieler am Gewinn oder Verlust beteiligt werden und eventuelle Verluste, die aus diesem Spielerhandel entstehen, steuerlich absetzen können, und was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige Praktiken zu unternehmen?
135. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung und wie beurteilt sie die Vorgänge über das Ausmaß der Verlagerung von Betrieben oder Betriebsteilen und der damit verbundenen Arbeitsplatzvernichtung in der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Berlinförderungsgesetz, die nur aus steuerlichen Gründen vorgenommen werden?
136. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das Gesetz einer Ergänzung bedarf, um eine reine Verlagerung von Arbeitsplätzen aus steuerlichen Gesichtspunkten, deren Kosten der Gesamtwirtschaft anheimfallen, auf neue Innovationen von Technologien und Produkten und der damit verbundenen Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beschränkt werden sollte?

137. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie wird die Bundesregierung das Problem lösen, daß trotz weitergehender Explosion der Steuergesetzgebung auch in ihrem Verantwortungsbereich das für die Durchführung zuständige Personal weiter schrumpft, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sie ihrer Fürsorgepflicht gegenüber dem Personal noch gerecht wird?
138. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie hoch sind die Einnahmen aus der sogenannten Zwangsanleihe für Besserverdienende bis zum 31. Juli 1983, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Gesamteinnahmen hieraus für das ganze Jahr 1983?

Bonn, den 23. September 1983